Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 564 — Jahrgang 212

Bezugspreis: Für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 3.00, vierteljährlich Mk. 9.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich Postgeld. Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801 abends von 7 Uhr an Redaktion 5608 und 5610 — Postscheckkonto Leipzig 20519

Morgen-Ausgabe — Donnerstag, 13. November

Anzeigenpreis: Die 1spalt. 35 mm breite mm-Kleinzeile 30 Pf. Die 3spalt. 90 mm breite mm-Reklamezeile 60 Pf. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorauszahlung. Halle-Saale. Geschäftsstelle Berlin: Sernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 9290 Eigene Berliner Schriftleitung — Verlag und Druck von Otto Thiele Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Der letzte Zug mit deutschen Truppen hat auf dem Abtransport Schaulen verlassen.

* Von der Randstaatenkonferenz wurde der Beginn der Friedensverhandlungen mit Räterußland auf den 15. November festgesetzt.

* Clemenceaus Vermittelungsantrag zur Erledigung der Fiumefrage fußt auf der Tatsache, daß Fiume von 1719 bis 1890 ein Freihafen war.

* Bisher ist nicht bekannt, ob die amerikanischen Bergarbeiter dem den Streik aufhebenden Befehl Folge leisten. Die Vertreter der Bergarbeiter haben die Einladung des Arbeitssekretärs, mit den Unternehmern über das Lohnabkommen zu verhandeln, angenommen.

Das Kabinett und die Drohnote

(Von unserem hf.-Sonderberichterstatter.)

Berlin, 12. November.

Das gestrige Kabinett befaßte sich, wie wir hören, mit der Ententenote. Die Beratungen sind aber noch nicht abgeschlossen. Die Note fordert bekanntlich die Erfüllung von Verpflichtungen des Waffenstillstandes, bevor zur Ratifikation geschritten wird. Andererseits müssen gewisse Fragen über Einsetzung der Interalliierten Oberkommission im linksrheinischen Gebiet, die Tätigkeit der Militär-Kontrollkommission in Deutschland, Regelung der Souveränitätsfrage in Memel und Danzig, Uebergabe der Regierung im Saarbecken, die Uebergabe in den Abstimmungsgebieten Oberschlesiens und Schleswig-Holsteins, Festsetzung der Räumungsfrist, deren Regelung noch vor der Ratifikation verlangt wird, beraten werden. Zur Regelung all dieser Fragen ist die Reichsregierung aufgefordert worden, bevollmächtigte Vertreter nach Paris zu schicken. Diese Mission wird wahrscheinlich unter Führung eines Beamten des Auswärtigen Amtes, der wiederholt in Paris war, demnächst erfolgen.

Eine Kundgebung der Entente wegen Unpünktlichkeitserklärung der oberschlesischen Gemeinderatswahlen liegt bisher noch nicht vor.

Der Abtransport aus dem Baltikum beendet

(Von unserem hf.-Sonderberichterstatter.)

Berlin, 12. November.

Der Abtransport derjenigen Truppen aus dem Baltikum, die sich zur Rückkehr nach Deutschland bereit erklärt haben, ist insofern heute als beendet zu betrachten, als der letzte Zug mit den letzten deutschen Soldaten Schaulen verlassen hat. Im Baltikum blieb lediglich eine Abteilung der militärischen Eisenbahndivision zurück, die auf Grund der Verbandsnote noch Eisenbahngerät an die Letten und Litauer zu übergeben hat. Zum Schutz dieser Abteilung wurde auch ein Panzerzug dort zurückgelassen.

Clemenceaus Lösung der Fiume-Frage

Haag, 12. November.

Der neue Vermittlungsantrag Clemenceaus zur Erledigung der Fiumer Frage beruht, wie die amerikanischen Blätter melden, auf Anträgen, welche von führenden Vertretern der politischen Handels-, Industrie- und Finanzwelt in Fiume selbst ausgearbeitet und von den Ententevertretern in dieser Stadt genehmigt wurden. Sie seien selbst für d'Annunzio annehmbar. Die Anträge fußten auf der Tatsache, daß Fiume vom Jahre 1719 bis 1890 ein Freihafen war und lauten:

1. Die Stadt Fiume ist gleich dem Hafen, dem Bahnhof und dem Territorium Italien als dessen dauernder und untrennbarer Bestandteil anzugliedern.

2. Mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Fiumer Hafens für die Hinterlandsstaaten Kroatien, Ungarn, Deutsch-Oesterreich, Tschecho-Slowakei und Rumänien wird die Stadt, der Hafen, Seebanten, der Küstenbahnhof und das Territorium als Freihafen verwaltet werden.

3. Unter dem Worte „Freihafen" ist zu verstehen, daß alle fremden Bürger anstandslos und in voller Freiheit Handel, Industrie und Schiffahrt werden betreiben können, ohne irgendwelche besonderen Gebühren oder Steuern für die Benutzung des Hafens, für den Handelsbetrieb oder den Konsum der Waren im ganzen Gebiete des Freihafens, ausgenommen die gewöhnlichen Gemeindesteuern, Akzisen oder Beiträge für die Bürgerhaftung zahlen zu müssen.

4. Jeder Geschäftsmann wird den Hafen sowohl persönlich als auch mit seinen Schiffen ohne irgendwelche Ausweisdokumente benutzen können und das Recht besitzen, Waren aller Art abzuladen und aufzuladen, in den Hafen einzufahren und nach seinem Willen auszufahren. Alle Magazine werden Einheimischen und Fremden für die gleiche Gebühr zugänglich sein. Personen und Eigentum aller Fremden werden unter besonderem Schutze stehen, ohne daß sie für ihre Ware und ihr Eigentum andere Gebühren bezahlen müßten als die von den Einheimischen bezahlten.

Im Falle eines Krieges können alle fremden Handelsschiffe ohne jedwedem Ersatz requiriert werden. Das Gebiet, welches in Zukunft dem Fiumer Territorium, Bahnhofe und Hafen angeschlossen wird, wird die gleichen Begünstigungen des Freihafens genießen. Alle Handelsschiffe, welche gegenwärtig im Handelsregister Fiumes eingetragen sind, bleiben diesem Hafen zugeteilt.

Kennzeichnung Wilsons durch Helfferich

Helfferich über die Entwicklung der politischen Vorgänge — Wilsons Kriegsgeschäfte — „Gott schütze uns vor solch einem Friedensvermittler" — Ein Brief des Kaisers

(Fortsetzung des Berichts der gestrigen Abendausgabe.)

Unser hf.-Sonderberichterstatter drahtet:

Berlin, 12. November.

Im weiteren Verlaufe der gestrigen Sitzung begann

die Vernehmung des Staatssekretärs a. D. Helfferich

Vors. Warmuth richtet eine Reihe von Fragen an den Staatssekretär Helfferich, die dieser zu beantworten haben wird.

Die erste Frage betrifft die Erwägungen, die Helfferich für die Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges in den verschiedenen Phasen des Krieges, insbesondere im Hinblick auf die wirtschaftliche Lage Englands, damit auch auf dessen Friedensgeneigtheit.

Zweitens, welche tatsächlichen Wirkungen der uneingeschränkte U-Bootkrieg vom 1. Februar an gehabt hat, worin Helfferich insbesondere die Gründe dafür sieht, daß der U-Bootkrieg trotzdem die Versenkungsziffer die in Aussicht gestellte monatliche Summe von 100 000 Tonnen übertroffen hat, noch nicht ein eirsten ist.

Weiter, welche Wirkung der U-Bootkrieg auf unser Verhältnis zu den Neutralen, besonders zu Amerika hatte, ob die Friedensaktion Wilsons durch die Erklärung des U-Bootkrieges nach der Ernennung Helfferichs vereitelt wurde und ferner, ob die eigene Haltung Helfferichs zum U-Bootkrieg nach den gefaßten Beschlüssen vom 9. Januar 1917 im Gegensatz steht zu der Haltung, die Helfferich bis zu diesem Zeitpunkt bezüglich des U-Bootkrieges eingenommen hat.

Helfferich: Der Vorsitzende hat besonders hervorgehoben, daß es die Aufgabe des Ausschusses ist, lediglich Tatsachen festzustellen. Hinter diesem Ausschuß steht aber der Staatsgerichtshof. Es ist damit zu rechnen, daß über gewisse Persönlichkeiten auf Grund der hier unter dem Eid gemachten Aussagen später ein Verfahren eingeleitet werden wird. Welche Personen in Frage kommen, dürfte bisher nach dem bisherigen Verfahren und nach der Tendenz der Fragen einzelner Mitglieder des Ausschusses kein Zweifel. Sicherlich sind es nicht Mitglieder der gegenwärtigen Regierung, sondern nur Mitglieder der früheren kaiserlichen Regierung. Diese sind gewissermaßen in der Lage, später als Beschuldigte zu erscheinen auf Grund des Ermittelungsverfahrens, in dem sie jetzt gegen sich selbst unter Eid vernommen werden. Trotzdem habe ich den Eid geleistet und werde auf Grund dieses Eides die reine Wahrheit sagen. Ich habe diesen Eid um so leichter leisten können, als ich nach meiner Ueberzeugung nicht in die Lage komme, irgend etwas Belastendes zu bekunden.

Vors. Warmuth: Vom juristischen Standpunkte aus hat unsere Lage hier etwas Anormales an sich. Wir sind durch die Verfassung gebunden. Es handelt sich darum, die objektive Wahrheit festzustellen und ein Bild von dem Vergangenen zu rekonstruieren. Eine subjektive Tendenz der Fragestellung wird hier vermieden. Jedes einzelne Mitglied ist nur bestrebt, eine objektive Darstellung der Dinge zu erlangen. Daran ändert auch nichts, wenn aus der politischen Richtung des einen oder anderen Mitgliedes eine subjektive Saite aus der Fragestellung mitzuschwingen scheint.

Abg. Cohn: Ich verspreche mir nichts von irgend welchen Verfahren vor dem Staatsgerichtshof. Wir sind hier nur zur völligen Klärung der Tatsachen.

Staatssekretär Helfferich: Es genügt mir, einige Erklärungen zu Protokoll geben zu haben. Ich bin bereit, auszusagen: Niemals haben mich andere als vaterländische Gesichtspunkte bei meiner Stellungnahme geleitet. Der Vorsitzende hat die Fragen geteilt in:

1. Die Wirkung des U-Bootkrieges auf unsere Feinde, namentlich England, und

2. Die Wirkung des U-Bootkrieges auf das Verhältnis zu den Neutralen, besonders den Vereinigten Staaten.

Um diese Fragen drehte sich auch der Kampf im Hauptausschuß des Reichstages, in der Presse und in der öffentlichen Meinung. Die Frage des uneingeschränkten U-Bootkrieges darf keine Prinzipienfrage sein, sondern sie war die Frage der militärischen und politischen Kriegführung. Wir mußten uns der Situation anpassen. Jeder einzelne mußte mit Rücksicht auf den Gang der politischen Ereignisse, der wirtschaftlichen Verhältnisse zu Hause und draußen die Ausgestaltung der U-Bootwaffe berücksichtigen und seine Stellungnahme daraufhin jorgfältig prüfen. Diese unserhörte Verantwortung, gleichsam für die Unterlassung wie für das Tun, war kein Va banque-Spiel. Ein solches gab es für niemanden. Jeder war sich der schweren Verantwortung voll bewußt und trat für das ein, was er vor Gott und seinem Gewissen als Rettung des Vaterlandes ansah. Wir mußten darauf sehen, daß wir durch Amerika nicht schlechter gestellt wurden als unsere Feinde. Von dem Grafen Bernstorff haben wir gehört, in welcher Weise die Politik der Vereinigten Staaten trotz aller idealen Reden Wilsons in dieser Angelegenheit von entscheidendem Einfluß gewesen ist. Graf Bernstorff hat auch dargestellt, daß Wilson die kommerziellen Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und England besonders lukrativ gestaltet hat, nach der Erklärung des Obersten House, den Beobachtungen der völkerrechtlichen Norm vorangestellt hat. Das war ein Bekenntnis einer schönen Seele, das unbedingt festgehalten werden muß, um zu beurteilen, ob eine für uns aussichtsreiche Friedensaktion Wilsons zu erwarten sei. Wilson führte das Völkerrecht auf den Lippen, ordnete aber alles seinem Händlerinteresse unter. Das ist der Wilson, mit dem wir zu tun hatten. Der Entente gegenüber waren wir immer die Schlechter Gestellten, der Seeverkehr, der mit Waren und Personen, war unterbunden und die kommerziellen Beziehungen Amerikas entwickelten sich vollkommen einseitig. Wir haben alles getan, was in unseren Kräften lag, um auch für Deutschlands Sache in Amerika zu wirken. Zuerst ging der Botschafter Deinburg nach Amerika und dann schickte das Reichsamt des Innern seinen tüchtigsten Beamten, den jetzigen Unterstaatssekretär Albert, nach. Auch von privater Seite geschah viel. Aber die Haltung Amerikas blieb natürlich uns feindlich. Mit der Funkenstation in Amerika durften wir nur selten chiffrierte Telegramme wechseln, deren Schlüssel der amerikanischen Regierung bekannt war. Außerdem war dies eine außerordentliche Gefälligkeit der amerikanischen Regierung. Die Entente dagegen konnte auf ihren Kabeln die doch auch auf amerikanischem Boden landeten, völlig ungehindert telegraphieren. Auch die Bemühungen waren vergeblich, die amerikanische Geschäftswelt für uns zu interessieren. Man hat darauf hingewiesen, daß wir nicht den Mut gehabt hätten, in Amerika zu pumpen. Wir hätten getrue Geld genommen, wenn Amerika Anleihen von uns aufgenommen hätte. Amerika tat auch nichts gegen die gründliche Ausbeutung des Konterbande-Begriffes durch England. Es erhob auch keinen Einspruch, als England die Baumwolle auf die Konterbande-Liste setzte. Alles, was England sich herausnahm, wurde stillschweigend getragen. Die Munitionslieferung war völkerrechlich recht zweifelhaft. Nicht zweifelhaft war sie für Wilson, der während des mexikanischen Bürgerkrieges die Munitionsausfuhr verbot, weil sie praktisch nur einer Partei zugute gekommen wäre. Damals wandte sich Präsident Wilson gegen die „papierne Neutralität". Im Weltkrieg aber ist er für sie, weil sie der Entente zugute kam. Diese papierene Neutralität hat den Krieg um Jahre verlängert und Millionen Menschen getötet und zu Krüppeln gemacht. Warum tat das Wilson? Oberst House hat es Graf Bernstorff gesagt: Wilson wollte das Geschäft nicht stören, das darin bestand, aus den Tränen Europas amerikanisches Gold zu münzen. (Lauter Beifall im Zuschauerraum.)

Vors. Warmuth bittet erneut, alle Aeußerungen des Beifalls oder des Mißfallens zu unterdrücken.

Darauf beginnt

Staatssekretär Helfferichs große Verteidigungsrede:

Das deutsche Volk war sich völlig über die Lage in Amerika klar. So schwer die unneutrale Haltung Amerikas auf uns lastete, so war sich die Reichsleitung völlig darüber klar, was der Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg für uns bedeuten würde. Wir sind stets Schönfärbereien entgegengetreten. Ich habe auch gesagt, daß, wenn das Glück Deutschlands im Kriege zugeneigt ist und es nicht gelingen sollte, den Krieg bald zu beenden, wir auf Jahrhunderte verloren wären. Der Reichstag nahm solche Erklärungen mit Ungeduld auf, aber wir wollten nicht, daß an den amtlichen Stellen gesagt werden kann, daß, wenn die Sache schief ging, wir nicht völlig reinen Wein eingeschenkt hätten. Was aber geschah? Am 7. Oktober 1916 erklärte Dr. Spahn im Reichstagsausschuß namens der Mitglieder der Zentrumsfraktion, daß für politische Entscheidungen der Reichskanzler dem Reichstag allein verantwortlich sei, daß aber der Reichskanzler bei seinen Entscheidungen sich wesentlich auf die Entschließungen der Obersten Heeresleitung zu stützen habe. Fällt diese Entscheidung zugunsten des uneingeschränkten U-Bootkrieges aus, so darf der Reichskanzler des Einverständnisses des Reichstages sicher sein. Damit hat damals die Reichstagsfraktion, die in der Frage des U-Bootkrieges das Zünglein an der Wage bildete, die Entscheidung über den U-Bootkrieg in die Hand der Obersten Heeresleitung gelegt und den Reichskanzler von der politischen Verantwortlichkeit für diese Entscheidung entlastet.

Bethmann Hollweg hat sich niemals auf den Standpunkt gestellt, seine Verantwortlichkeit vor Gott, dem deutschen Volke und dem eigenen Gewissen abzulehnen. Wenn heute unter den Anklägern in der Sache des U-Bootkrieges Leute sind, die diese Erklärung des Zentrums mit abgegeben haben, so würde ich im privaten Leben diese Haltung als den Gipfel der Heuchelei bezeichnen. Ich spreche jedenfalls diesen Leuten das Recht zur Anklage gegen die damalige Regierung in jeder Hinsicht ab.

Zum Schluß seiner Ausführungen gerät Helfferich in ziemliche Erregung, als er die Botschaft Wilsons vom 22. Januar 1917 verliest, in der der Präsident Mitteilung von den Antworten der Mittelmächte und der Entente auf sein Friedensangebot macht. In dieser Botschaft hat Wilson erklärt, die Mittelmächte seien bereit, sich an einem neutralen Orte zu Verhandlungen einzufinden. Die Entente dagegen hatte weit ausführlicher geantwortet. Helfferich fährt fort: Die Wilsonschen Bedingungen sind für uns unannehmbar gewesen und hätten nur einem völlig niedergebrochenen Deutschland aufgezwungen werden können. Wilson sah sich veranlaßt, seine Botschaft mit dem Satz zu enden: Dadurch sind wir dem Frieden um ein großes Stück näher gekommen.

In dieser Aeußerung Wilsons, die erfolgt war, obwohl auch er sich sagen mußte, daß das Recht auch auf unserer Seite sei, sieht Helfferich einen Beweis dafür, daß sein Standpunkt und der der deutschen Regierung gerechtfertigt war. Wir danken dem lieben Herrgott dafür, daß er uns vor deartigen Friedensvermittlern bewahrt hat.

Darauf verlas Staatssekretär Helfferich einen Brief des Kaisers vom 31. Oktober 1916, den er an den Reichskanzler Bethmann Hollweg gerichtet hatte. Der Brief lautet:

Der Vorschlag, Frieden zu machen, ist eine sittliche Tat, die notwendig ist, um die Welt, auch die Neutralen, von dem auf ihr lastenden Druck zu befreien. Zu einer solchen Tat gehört ein Herrscher, der ein Gewissen hat, sich Gott verantwortlich fühlt und ein Herz für die Menschen besitzt, der unbekümmert um Mißdeutungen den Willen hat, die Welt von

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911131-12/fragment/page=0001

ihren Leiden zu befreien. Ich habe den Mut dazu und will es im Vertrauen auf Gott wagen.

Wilson nahm auch in der polnischen Frage eine Stellung ein, die für ein nicht niedergeworfenes Deutschland unmöglich war. Er stellte Forderungen auf, die sich nur aus einer völligen Unkenntnis der politischen Verhältnisse erklären lassen. Auch Graf Bernstorff hat seinerzeit erklärt, daß Wilson keine Ahnung von polnischen Zuständen und Verhältnissen habe. Ich nahm das auch an, denn wenn es nicht so gewesen wäre, so hätte ich Wilson als ärgsten Kriegsverlängerer bezeichnen müssen. Die damals aufgestellten Forderungen bezüglich Polens sind jedenfalls ein Beweis für diese Behauptung. Hinter dieser Botschaft Wilsons vom 28. Januar 1917 zeigt sich bereits das Gesicht des Friedens von Versailles.

Diesen Ausführungen Helfferichs widerspricht der Sachverständige Prof. Bonn.

Er erklärt: Seiner Ansicht nach habe Wilson nicht mehr sagen wollen, als daß durch den Entschluß der Mittelmächte, ihrerseits sich zu Verhandlungen einzufinden, andererseits durch die Bekanntgabe der Bedingungen der Entente ein mächtiger Schritt vorwärts getan worden sei. In diesem Zusammenhang sei Wilson allerdings berechtigt gewesen, zu sagen, daß dadurch, — nämlich durch die beiderseitigen Erklärungen — ein Schritt vorwärts zum Frieden unternommen worden sei.

Nach diesen Erklärungen schließt der Vorsitzende die Sitzung.

In der am Freitag um 10 Uhr stattfindenden Sitzung wird Helfferich seine Ausführungen beenden und höffentlichwahrscheinlich wird dann mit der Vernehmung Hindenburgs begonnen werden.

Preußenparlament

Die Linke gegen die Rechte.

Berlin, 12. November.

Am Ministertische: Fischbeck.

Präsident Leinert eröffnet die Sitzung um 12½ Uhr.

Die zweite Beratung des Berghaushalts wird fortgesetzt.

Abg. Martin (Dn.): Unter den Bergarbeitern sind 95 Prog. ruhige, besonnene Leute. Nur 5 Prozent sind Hetzer. Die Ernährung der Bergarbeiter läßt viel zu wünschen übrig. Vor allem müssen Kartoffeln herangeschafft werden. Frauen dürfen im Bergbau nicht beschäftigt werden. Um den Abtransport der Kohle zu erleichtern, muß die Ruhr schiffbar gemacht werden.

Abg. Steger (Zentr.): Die Streiks müssen aufhören. Der Gedanke des Tarifvertrages muß im Interesse der Produktion gefördert werden. Der Urlaub von sechs Tagen ist zu kurz. Es müßten vierzehn Tage gewährt werden. Die Invaliden- und Witwenversorgung muß neu geregelt werden. Wir brauchen ein Reichsberggesetz und ein Knappschaftsgesetz.

Abg. Langer (D. Vp.): Der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden bedarf besonderer Unterstützung. Der Forderung nach einem Berggesetz und nach einem Reichsknappschaftsgesetz stimmen wir zu.

Abg. Christange (U. S.): Ich nehme an, daß der Bergbau sobald an das Reich übergehen wird, daß dieses der letzte Berghaushalt ist, mit dem wir uns beschäftigen.

Minister Fischbeck: Das ist ein Irrtum. Das Eigentum an den fiskalischen Gruben verbleibt bei den Einzelstaaten. Nur das Bergbaurecht geht auf das Reich über. Die Notwendigkeit der allgemeinen Besoldungsreform erkenne ich an. Die Kohlenversorgung bietet ein trübes Bild. Aber wir werden noch über diese Schwierigkeiten hinwegkommen.

Oberberghauptmann Altkamp: Es würde unwirtschaftlich sein, das Bohrungsrecht auf Braunkohlen allein dem Staate vorzubehalten.

Abg. Preller (Dtsch.-Hannov.): Im Harz ist man der Ansicht, daß dort neue Abbaumöglichkeiten gewonnen werden können.

Abg. Hué (Soz.): Die Rechte hat mit ihren Widerständen gegen alle Forderungen der Arbeiter die Revolution gemacht. Die Kohlennot ist nicht eine Folge der Revolution, sondern Ihrer revolutionären Politik. Die Privatregale sollten ohne Entschädigung aufgehoben werden.

Minister Fischbeck: Damit würden Sie nur die kleinen Anteilbesitzer von heute treffen.

Abg. Hippel (Dn.): Ihre Politik (nach links) bringt uns schließlich in den asiatischen Sozialismus, der in Rußland bankrott gemacht hat.

Abg. Ludwig (U. S.): Schade, daß wir uns nicht früher an Herrn Hippel gewandt haben, um zu erfahren, wie es in Rußland aussieht.

Abg. Adolf Hoffmann (U. S.): Wir würden gern den Arbeitszwang einführen. Aber wir müßten dann auch die Gewähr dafür haben, daß die Arbeit für das Volk geleistet wird und nicht für die Schieber.

Abg. Hußmann (Soz.): Die Beamten müssen sich mehr in die Seele der Bergarbeiter versetzen.

Die Beratung schließt.

Donnerstag 12 Uhr: Vorlage über Beihilfen zu Wohlfahrtsausgaben der Gemeinden; Steuerveranlagungsgesetz; Haushalt des Staatsministeriums.

Eine Reichsjustizkonferenz

(Eigene Drahtmeldung der „O. Z.")

Berlin, 12. November.

Auf Anordnung des Reichsministers der Justiz wird am 27. November eine Besprechung von Vertretern der Landesregierung stattfinden, die sich mit wichtigen Fragen auf dem Gebiet der Justiz und der Verwaltung befassen wird. Es wird sich im wesentlichen um Herbeiführung eines einheitlichen Grundgesetzes handeln, dessen Regelung zur Zuständigkeit der Länder gehört.

Die Reichstagswahlen

Berlin, 12. November.

Wie aus zuverlässiger Quelle gemeldet wird, will das Reichsministerium des Innern eine wesentliche Verkleinerung der bisherigen Wahlbezirke für die kommenden Reichstagswahlen vornehmen. Gleichzeitig soll das Gesetz dahin geändert werden, daß jeder Kandidat eines Wahlkreises mit 60 000 Stimmen als gewählt gelten soll. Dagegen sollen die Stimmen aller derjenigen Kandidaten, die weniger als 60 000 haben, für die verschiedenen Parteien des ganzen Reiches zusammengestellt werden und an der Hand ihrer Vergleichung weitere Abgeordnete als gewählt gelten.

Gegen die Schieber

Köln, 12. November.

Zur Unterstützung des Vorgehens gegen das Schiebertum erläßt der Oberkommandierende der englischen Besatzungsarmee eine Kundgebung, wonach eingeführte und ausgeführte Waren in dem von den Engländern besetzten Gebiete, sowie handeltreibende Personen den bestehenden deutschen Gesetzen, die zum Schutze des Handels erlassen wurden, unterworfen sind.

Die Randstaatenkonferenz

Beginn der Friedensverhandlungen am 15. November.

Helsingfors, 12. November.

Auf der Konferenz der Randstaaten nahmen Estland, Lettland und Litauen ein gemeinsames Programm über die Behandlung der Frage des Friedens mit Räterußland an. Offizielle Begrüßungen fanden zwischen den baltischen Staaten, Litauen, Polen, der Ukraine und Weißrußland statt. Der Beginn der Friedensverhandlungen mit Räterußland wurde auf den 15. November festgesetzt.

Zwischen der baltischen Küste und Jamburg greifen die Bolschewisten mit großer Heftigkeit an.

Der „friedliebende" Wilson

Eine Botschaft an das amerikanische Volk.

Amsterdam, 12. November.

Preßebüro Radio meldet aus Annapolis: Wilson richtete anläßlich des Jahrestages der Unterzeichnung des Waffenstillstandes eine Botschaft an das amerikanische Volk, in der er erklärte, der Sieg gebe Amerika die Gelegenheit, seine Liebe zum Frieden und zur Gerechtigkeit im Rate der Nationen zu beweisen. Lansing sagte in einer Botschaft: Wir müssen arbeiten, um das von den Feinden Zerstörte wieder aufzurichten. Bevor der Wiederaufbau nicht vollendet ist, ist unsere Aufgabe nicht erfüllt.

Warum der Berliner Generalstreik scheiterte

In einer Kommunisten-Versammlung in Charlottenburg sprach sich der Spartakistenführer Melert über die Gründe aus, die das Scheitern des Berliner Generalstreiks verursacht hätten. Er gestand zu, daß seit Anfang des Jahres die heftigsten Meinungsverschiedenheiten in der Zentralleitung der K. P. D. zum Ausdruck gekommen seien darüber, ob ein Generalstreik möglich und zweckmäßig sei oder nicht. Der Berliner Generalstreik sei deshalb gescheitert, weil diese Meinungsverschiedenheiten zu einer Zersetzung des Kommunismus geführt hätten. Jetzt hätten sich aber die Führer geeinigt in der Erkenntnis, daß ein Generalstreik nur möglich sei, wenn er gleichzeitig im ganzen Reiche zur Durchführung komme. Es dürfe also künftighin ein Generalstreik nur proklamiert werden, wenn die einheitliche Durchführung gesichert sei.

Wir werden also den Generalstreik in neuer Auflage und in erweitertem Umfange eines schönen Tages erleben. Aber wenn es sogar unmöglich war, in einem beschränkten Bezirk wie Berlin eine solche Massenaktion durchzuführen, wie aussichtslos erscheint erst ein Generalstreik, der ein ganzes 60-Millionen-Volk treffen und umfassen soll!

Durch Abrechnungslisten, die im Roten Polizeirat und in den militärischerseits ausgehobenen Geheimstellen der kommunistischen Partei in Berlin vorgefunden wurden, hat man festgestellt, daß die Moskauer Sowjet-Regierung seit November vorigen Jahres der Kommunistischen Partei Deutschlands ständig Zuwendungen gemacht hat und daß diese Zuwendungen im einzelnen oft Beträge von einer halben bis einer Million erreicht haben.

Großadmiral v. Tirpitz über die Monarchie

In einem Artikel in der „Kreuzzeitung" schreibt Großadmiral von Tirpitz zur Frage der Monarchie in Deutschland:

Wer die Organisation unseres Staatsgebäudes ohne Voreingenommenheit betrachtet, muß zu dem Urteil kommen, daß bei uns für eine Revolution die innere sittliche und nationale Rechtfertigung vollständig gefehlt hat. Das alte Staatssystem war vielleicht in manchen Einzelheiten unzweckmäßig oder veraltet. Seine Träger, auch der Monarch, haben Fehler begangen, vielleicht sogar schwere Fehler. Das ändert nichts an der entscheidenden Tatsache, daß das System im Kerne gut und gesund war, und daß sich ohne gewaltsamen Umsturz auf seinem Boden alle wünschenswerten Verbesserungen hätten vornehmen lassen. Da die Revolution trotzdem gekommen ist und den Hauptgrund für unsere völlige Niederlage darstellt, so suchen jetzt ihre Urheber die Schuld unseres Zusammenbruches zu Unrecht auf das monarchische System abzuschieben. Sie suchen aber auch in bezug auf den letzten Träger der Krone das Bild zu verschieben und werfen ihn (und dem System) einen Fehler vor, den er nicht begangen hat: die absolutistische Methode. Für die Autokratie des Kaisers dienen im wesentlichen als Unterlagen nur einige Aussprüche und Randbemerkungen im Stile vergangener Epochen, aber nicht tatsächliche Handlungen und Entscheidungen, wenigstens nicht bei irgendwelchen Fragen von größerer Bedeutung. Man könnte sogar versucht sein zu wünschen, der Kaiser hätte bei manchen Entscheidungen während des Krieges mehr als Autokrat gehandelt. Jeder, der die früheren Verhältnisse gekannt hat, weiß, daß der Kaiser sich in sehr viel höherem Maße den gesetzgebenden Faktoren glaubte unterordnen zu müssen, als es z. B. Wilson dem Kongreß und Senat in Washington gegenüber tat oder tun durfte. Gewiß trug er die persönliche Verantwortung für die Ernennung des Kanzlers; wie schwer war es aber trotz seiner verfassungsmäßigen Befugnis für ihn, einen Kanzlerwechsel vorzunehmen, wenn Bundesrat und Reichstag in ihre großen Mehrheit auf seiten des Kanzlers fanden. Gerade die Auffassung seiner konstitutionellen Stellung hinderte den Kaiser an eigener freier Betätigung, um so mehr als seine persönlichen Berater, die Kabinett-Chefs ihrer Betätigung auch auf die Politik ausdehnten und während des Krieges ebenfalls den Direktiven des Kanzlers folgten.

Staatsrechtlich und historisch-politisch war es nun die vornehmste Funktion der gesetzgebenden Faktoren, nicht zum wenigsten des Reichstages, auf dem Plan zu sein, wenn die Monarchie im furchtbarsten Konflikt, den die Welt gesehen, einmal schwach wurde, oder in bezug auf die Besetzung des Postens des leitenden Staatsmannes etwa fehl ging. Hier trat die Pflicht der beiden andern Faktoren, das Gegengewicht zu bilden und die Gesamtinteressen der Nation zu vertreten, in den Vordergrund. Es ist unwahr, wenn behauptet wird, daß insbesondere der Reichstag dazu nicht die Macht gehabt hätte. Was tat dagegen der Reichstag? Er erschöpfte sich in Kleinkram und in parteipolitischen Fraktionsinteressen, und als der Greise annahmen der Einheitsfront gegen den äußeren Feind, dem Drängen nach parlamentarischer Herrschaft nachgab, wer anders als die Führer der Mehrheitsparteien verloren da die Nerven in so furchtbarer Weise, oder waren so auf Parteiinteressen eingestellt, daß sie Volk und Staat wehrlos den Räubern überantworteten? Es ist somit eine Kette von Versäumnissen und Fehlern gerade der gesetzgebenden Faktoren, welche zu diesem Ende geführt haben."

Die Kommunisten gegen die Sparprämienanleihe. In kommunistischen Kreisen wird eine lebhafte Agitation gegen die Sparprämienanleihe getrieben, die als ein „neuer Raubzug auf die Taschen der Bevölkerung" bezeichnet wird. Die Hamburger „Kommunistische Arbeiterzeitung" will erfahren haben, daß das Finanzkapital nicht daran denke, „diese Bonkrotteuranleihe zu übernehmen". Wer Sparprämienanleihe zeichnet, — erklärt das kommunistische Blatt — der fördert die Konterrevolution.

Die Versorgung der Zeitungen mit Papier. Nach zuverlässigen Mitteilungen wird der Reichskohlenkommissar dafür Sorge tragen, daß bei der Beförderung von Zeitungspapier zum Verbraucher während der angeordneten Verkehrssperre keine Störung eintritt. Auch eine Reihe anderer Maßnahmen sind getroffen, von dem gegenwärtigen Augenblick an den Bedarf der Presse an Zeitungspapier so gut und rasch wie möglich zu decken.

Deutsche aus Aegypten. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit, daß die Ankunft der Heimkehrertransporte aus Aegypten, die mit den Dampfern „Güldsemel", „Christian Nebe" und „Altdenig" in Brunsbüttelkoog zu erwarten sind, schlechten Wetters halber um einige Tage verzögert werde.

Nachdruck verboten.

Die beiden Hildebrand

43] Kriminalroman von Heinrich Tiaden.

„Hm — so. Und das Zimmer — das Arbeitszimmer Ihres Vaters, meine ich — ist es noch in demselben Zustande wie gestern oder schon aufgeräumt?"

„Die Staatsanwaltschaft hat auf die längere Beibehaltung des Zustandes im Zimmer, wie er bei Auffindung der Leiche war, keinen Wert gelegt," sprach Laura Bürklin, und es wollte den scharf beobachtenden Blicken der beiden Herren bedünken, als suche sie einer geraden Antwort auf die Frage des Untersuchungsrichters aus dem Wege zu gehen.

„Selbstverständlich weiß ich das," versetzte Doktor Ludewig. „Ich möchte nur gerne wissen, ob von der Erlaubnis, das Zimmer aufzuräumen, schon Gebrauch gemacht worden ist."

„Da müßte ich mich erst bei dem Dienstmädchen erkundigen. Legen Sie großen Wert auf die Feststellung?"

„Gewiß. Ich wundere mich aber, offen gestanden, daß Sie das nicht wissen, da sich doch sicherlich niemand in das Zimmer hinein gewagt haben würde ohne Ihre besondere Weisung."

„Den Befehl, das Zimmer zu reinigen und aufzuräumen, habe ich dem Mädchen bereits gestern abend gegeben, kurz nachdem die Leiche meines Vaters fortgebracht worden war. Doch weiß ich nicht, ob mein Auftrag heute morgen bereits ausgeführt worden ist."

„Bitte, wollen Sie sich danach erkundigen?"

Laura Bürklin neigte ein wenig den Kopf und verließ das Zimmer.

„Mit der haben wir kein leichtes Spiel," knurrte der Polizeirat, als die Türe sich hinter ihr geschlossen hatte.

„Schweigen Sie, lieber Rat, denn das Weib scheint durch die Mauern sehen und hören zu können. Haben Sie gesehen, wie sie uns vorhin anblickte, als sie hereintrat? Just als wollte sie sagen: „Meine Herren, ich weiß ganz genau, was Sie soeben gesagt haben."

„Ich habe Ihnen zu schon vorhin versichert, das Weib hätte den Teufel im Leibe. Ich bin wahrhaftig kein Verächter von schönen Frauen — doch dieses junge Mädchen mit den elektrischen Augen — pst, ich höre was schleichen."

Im nächsten Augenblick ging abermals die Türe fast ohne Geräusch auf und Laura Bürklin trat herein.

„Das Zimmer ist heute morgen gelüftet, gereinigt und aufgeräumt worden."

„Hm — so. Und ist bei der Gelegenheit nicht die auf so rätselhafte Weise verschwundene Mordwaffe aufgefunden worden?"

„Dieser Fund wäre so wichtig meines Erachtens, daß ich es schon gesagt haben würde."

„Finden Sie es nicht sonderbar, daß die Waffe spurlos verschwunden ist?"

„Ob ich das sonderbar finde?" fragte Laura Bürklin und blickte den Untersuchungsrichter mit dem Ausdruck des Befremdens an. „Ich weiß wirklich nicht, was ich darauf antworten soll. Ich habe mich nie in meinem Leben viel mit Mordaffären beschäftigt und weiß daher nicht, ob es eine Gepflogenheit der Mörder ist, ihre Waffen auf dem Mordplatze zurückzulassen oder mitzunehmen."

„Hm, hm, hm, knurrte der Polizeirat und konnte ein leises Lächeln nicht verkneifen.

„Ihre Einwendungen, mein Fräulein, haben einen Anschein von Berechtigung," sprach der Untersuchungsrichter mit gerunzelter Stirne. „Sie würden mich vielleicht vollkommen überzeugt haben, wenn ich nicht von gewissen Dingen Kenntnis hätte, die Ihre Worte in etwas eigenartigem Lichte erscheinen lassen."

„Da wäre ich aber wirklich gespannt," bemerkte sie kopfschüttelnd. „Wollen Sie mir das nicht gütigst näher erklären?"

„Sehr gern, mein Fräulein. Warum verheimlichen Sie uns, daß Sie die Mordwaffe in Ihrem Gewahrsam halten?"

„Wie meinen Sie — daß ich — —"

Die Augen des Fräuleins wurden noch weiter — sie standen plötzlich voller Flammen. Ihre Lippen waren ein wenig blasser geworden und zitterten leise.

„Verzeihen Sie, mein Herr, daß ich Ihren Worten nicht zu folgen vermag," sprach sie nach einer Weile. „Verstehe ich Sie falsch — oder wollen Sie wirklich und im Ernste andeuten, ich wüßte etwas von jener fürchterlichen Waffe — mehr als Sie davon wissen — —?"

„Jawohl, Fräulein Bürklin, so ist es. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß Sie nicht nur mehr von der Waffe wissen als wir, sondern daß Sie sie sogar in Ihrem Besitz haben."

„Die Waffe, die meines Vaters Blut vergossen hat?" stieß sie in zorniger Erregung hervor. „Die Waffe, die mit den Vater raubte?"

Das Entsetzen ihrer Seele, der tiefe Abscheu und die Entrüstung über die ungeheuerliche Zumutung trat in ihrer Stimme so echt und wahrheitsgetreu zu Tage, daß die beiden Herren stutzten.

„In der Tat, Fräulein — wie ich bereits wiederholt sagte, von dieser Waffe reden wir," sprach der Untersuchungsrichter ein wenig verwirrt. „Und ich möchte Sie in Ihrem eigenen Interesse recht ernstlich bitten, den Dolch herauszugeben. Ich brauche Ihnen wohl nicht zu sagen, wie wichtig uns dieses Beweisstück ist."

„Nein, in der Tat, eine solche Versicherung wäre überflüssig. Also Sie wissen, daß es ein Dolch ist?"

„Wir wissen sogar genau, wie dieser Dolch aussieht. Die Klinge ist sehr spitz und dreikantig, das Heft aus Elfenbein geschnitzt. Es läuft in einen Drachenkopf aus. Die Waffe ist sehr alt und offenbar chinesischen Ursprungs. Was aber das Wichtigste ist: an einer Seite des Griffes ist ein Goldplättchen eingelegt, das die eingravierten Buchstaben A. H. trägt."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911131-12/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 13 November.

Deutsche Volkspartei

Im zweiten Teil der Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Halle der Deutschen Volkspartei am Dienstag hielt Generalsekretär Scholtze-Halle an Stelle des erkrankten Prokuristen Heinrich einen knappen, aber treffenden und sehr beifällig aufgenommenen Vortrag über die mit dem U-Bootkriege im Zusammenhang stehenden Verhandlungen im parlamentarischen Untersuchungsausschuß in Berlin. Redner beklagte zunächst das würdelose Verfahren, das uns Schmach und Schande, bei unseren Feinden Spott und Hohn einbrachte. Dann führte er aus: Bei der Frage nach der Schuld an der Verlängerung des Krieges kommen in der Hauptsache drei Momente in Betracht: 1. Konnten wir den Kriegsfrühbarometer 2. War es richtig, den verschärften U-Bootkrieg anzuwenden, um zum Ziele zu gelangen? 3. Ist Amerika nur durch den U-Bootkrieg veranlaßt worden, in den Krieg einzutreten? Zu 1. erklärte der Redner: Für uns bestanden damals Friedensmöglichkeiten. Das erstemal 1916, als die Antwort des zaristischen Reiches gebrochen war und wir nach Beendigung des rumänischen Feldzuges militärisch denkbar günstig standen. Hier machte Bethmann Hollweg — der jetzt alle Schuld auf die Militärs abzuschieben sucht — mit seiner Polenrede einen Strich durch die Rechnung. Die Proklamation des Königreichs war für den Zaren eine Ohrfeige. Die zweite Friedensmöglichkeit bestand 1917, als wir die Angriffe bei Arras und Ypern abgewiesen hatten und der U-Bootkrieg in seinen Wirkungen für unsere Feinde immer verheerender wurde. Diesmal war es der unselige Bericht des Grafen Czernin und die fragwürdige Tätigkeit Erzbergers, die jede Aussicht, zu einem Verständigungsfrieden zu gelangen, vereitelten; die Entente wurde durch äußerstes Kraftentfaltung angespornt. Zu Punkt 2: Der verschärfte U-Bootkrieg, war für uns nach Ablehnung des Friedensangebotes im Dezember 1916 die ultima ratio. Für uns war nach die Parole: Siegen oder sterben! Daß wir nicht siegten, daran ist nicht das Versagen des U-Bootkrieges schuld, nein, uns fehlte der Mann, der uns zum Siege führen konnte. Die Antwort auf die 3. Frage hat Wilson selbst gegeben, als er gar in einer Unterredung mit dem amerikanischen Senatorium Humber. Er antwortete dem Senator auf seine Fragen, daß Amerika auf jeden Fall in den Krieg eingetreten hätte; ein Unterliegen der Entente konnte Amerika niemals zugeben, dafür waren es viel zu stark finanziell an Frankreich und England geknüpft. —

Im Anschluß an diese Ausführungen zitierte Geheimrat Lange einen Ausspruch des Präsidenten der jetzigen tschechischen Republik: Deutschland wird zu Grunde gehen, weil es sich an Bismarck Oesterreich gefesselt hat! — Das Programm des Redners fand hiermit seinen Abschluß.

Der Kilian-Prozeß

Der nächste Zeuge Paul Kirst war Vertrauensmann der Matrosenkompagnie und als solcher im Soldatenrat; auch er hat sich auf ein Eintreten für zur Matrosenkompagnie gemeldet. Kilian ist nach seiner Bekundung häufig als Gast in den Soldatenratssitzungen zugegen gewesen. Am 3. März habe Kilian gesagt, daß es nicht so weiter gehe, sie müßten sich zusammentun und gemeinsam mit den Regierungstruppen für Ruhe sorgen; wenn die Truppen nicht genügten, müßten Arbeiter bewaffnet werden, General Maerker sich aber auf Verhandlungen gar nicht eingelassen. Auch bei der Anwesenheit Schleifsteins und seiner Sekretärin in Leipzig kann er nicht viel sagen, wie er zuerst auch dessen Namen nicht gekannt hat. Veranlassung zum Herkommen Schleifsteins hatte Hartung gegeben, der gesagt hatte, hier müsse unbedingt etwas unternommen werden. Schleifstein hat aber wohl angenommen, in Halle andere Verhältnisse vorgefunden, denn er hat dann gesagt, was sollen wir denn hier? Hartung wurde gesagt, er habe immer Unruhe gestiftet, den Soldatenrat scharf gemacht und Arbeiter angestiftet, die angeklebten Plakate anderer Parteien abzureißen. Der Zeuge hält Hartung für einen Spartakisten, dem der Rat nicht radikal genug war; Hartung, Klauß und Adler hätten den S.-Rat stürzen wollen. Da Hartung ein Kompaniemitgliedern unsympathisch war, haben sie ihn einmal fürchterlich verhauen. Zeuge bekundet dann noch, daß auf dem Dache des Wettiner Hofes und auf den anliegenden Häusern Maschinengewehre aufgestellt worden seien, und daß Kilian die Aufstellung der Maschinengewehre besichtigt habe.

Polizeiinspektor Goldmann verbreitet sich als Zeuge darüber, daß im sogenannten Sicherheitsregiment so viele zum Teil erheblich bestrafte Leute gewesen seien, mit denen die Polizeibeamten sehr ungern auf den Straßen zusammen waren. Den Polizeibeamten sei das Tragen der Pistole untersagt worden, so die Sicherheitsmänner dagegen bewaffnet seien. Die Polizeireviere sind denn auch auf Waffen untersucht worden. Die Sicherheitsmänner seien oft betrunken und unsauber zum Dienst gekommen und auch einmal verlaust gewesen, so daß es ihnen verboten war, sich auf die Betten der Beamten in den Revieren zu setzen. Die Sicherheitsmänner durften nicht nach ihren Wohnungen, nur nach ihrer Kompagnienummer gefragt werden, wenn sie in das Stadtbuch der Reviere eingetragen wurden.

Hermann Leirich war bei dem Demonstrationszuge der Kriegsbeschädigten, dessen Spitze man auf den Marktplatz, von der Leipziger Straße kommend, einlief, wo sie dann umzingelt und übel zugerichtet wurden. Kilian habe gesagt, die Arbeiter sollten fest wie Mauern gegen die Regierungstruppen stehen; ein Teil der Arbeiter sei bewaffnet, ein Teil wird noch bewaffnet werden. Eine andere Aeußerung kann der Zeuge nicht bestimmt dem Kilian zuschreiben, da sie auch Mesberg getan haben könne. Der A.-R. sei offen gegen die Regierung gewesen, während die Artillerie, der Zeuge angehörte, treu zur Regierung gestanden habe.

Der letzte Zeuge, Herm. Domagalla, war Ordonnanz der Waffenkommission und ist als solcher vielfach in den Wettiner Hof gekommen; er kann aber nichts wesentliches aus eigener Erfahrung bekunden, sondern nur vom Hörensagen. So bekundet er, daß Leute behauptet hätten, Kilian habe gesagt, die Arbeiter müßten bewaffnet werden.

— —

— **Petroleum.** Für den Monat November wird Leuchtpetroleum für die Haushaltungen und für Betriebe verschiedener Art nach folgenden Vorschriften abgegeben: 1. Haushaltungen, die weder Gas- noch elektrische Lichtanlage in ihrer Wohnung haben, erhalten gegen Vorlegung einer Bescheinigung ihres Hausvorstehers oder seines Stellvertreters und des Lebensmittelscheines für den zuständigen Brotmarken-Ausgabebezirk monatlich eine Petroleummarke. 2. Für Untermieter, in deren Wohnräumen keine andere Beleuchtungsquelle ist, gilt dasselbe wie zu 1. 3. Berufstätige Personen, welche sich gen frühen Morgen bei Dunkelheit zu ihrer Beschäftigung begeben, sogenannte Frühschichtler, erhalten gegen Vorlegung einer Bescheinigung ihres Arbeitgebers und des Lebensmittelscheines monatlich eine Liter-Marke. 4. Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter sowie Hausgewerbetreibende, die auf Petroleum angewiesen sind, erhalten gegen Vorlegung eines Berufsausweises und des Lebensmittelscheines wöchentlich eine Litermarke. 5. Gewerbliche Betriebe und Behörden haben ihren notwendigen Bedarf an Leuchtpetroleum bei der städtischen Petroleumkommission (Stadthaus, Hallmarktstraße 1, 3. Stock, Zimmer 53) bevorzugt zu beantragen. 6. Das Gleiche gilt für alle Sonderfälle, wenn es sich um den Bedarf an Leuchtmitteln oder Krankheiten, Geburten oder um sonstige schwerwiegende Fälle handelt. Das gemäß den vorstehenden Bestimmungen bewilligte Petroleum ist gegen Abgabe der Marken in den beiden städtischen Petroleum-Ausgabestellen Ritterstraße 9 und Lessingstraße 39 während der Zeit von 8½ bis 12½ und 3 bis 5½ Uhr erhältlich. Der Verkauf beginnt am 13. November. Der Verkaufspreis für ein Liter Petroleum beträgt 2,20 Mk. Besondere Prüfung der Ausweise bleibt vorbehalten. Zuwiderhandlungen gegen die bestehenden Vorschriften werden gemäß Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 8. Juli 1915 (RGBl. S. 420) mit Gefängnisstrafe bis zu drei Monaten geahndet.

— **Städtischer Verkauf von Rasierseife in der Talamtschule** (Nachlieferung) am Donnerstag, den 13. November. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 1—18 000 vormittags von 8—12 Uhr und 18 001 bis 37 000 nachmittags von 2—6 Uhr; am Freitag, den 14. November, die Nummern: 37 001—53 000 vormittags von 8—12 Uhr und 53 001—68 500 nachmittags von 2—6 Uhr und am Sonnabend, den 15. November, die Nummern: 68 501—84 500 vormittags von 8—1 Uhr. Gegen Vorlage des neuen Lebensmittelscheines kann an Haushalte bis zu 3 Personen ein Stück, für je weitere 3 Personen eines Haushaltes noch ein Stück Rasierseife zum Preise von 60 Pfg. abgegeben werden. Ohne Zweifel Geld ist bereit zu halten. Es werden nur diejenigen Haushalte beliefert, welche bei der vorhergehenden Verteilung noch nicht berücksichtigt worden sind. Im Sonnabend, den 15. November, findet die Verteilung ihr Ende.

— **Wert- und Einschreibepakete.** Von Freitag, den 14. November ab, werden Wert- und Einschreibepakete wieder zur Postbeförderung angenommen. Damit sind alle Verkehrsbeschränkungen im Postbetriebe beseitigt.

— **Deutschnationale Studentengruppe.** Eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Deutschnationalen Studentengruppe findet heute, am Donnerstag, den 13., im ersten Stockwerk der „Pulpe" statt. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erforderlich.

— **Bund der Auslandsdeutschen.** Noch immer leben in Halle und Umgebung zurückgekehrte Auslandsdeutsche, die aus Unkenntnis oder sonstwie, der hiesigen Ortsgruppe noch nicht beigetreten sind. Da die Regelung der Entschädigungsfrage bevorsteht und die Angaben zu dieser Angelegenheit beim Bunde gemacht werden müssen, so ist es im Interesse der noch fern stehenden Auslandsdeutschen, sich so bald als möglich bei der Ortsgruppe, Bernstraße 7, 1 Tr. l., zu melden. Jedwede Aufklärung erteilt dort der Vorsitzende A. Engels. Die nächste Versammlung der Ortsgruppe findet am Sonntag, vormittags um 10 Uhr, im „Schultheiß", Poststraße 5, statt. Sprechstundenzeit: Montag, Mittwoch und Sonnabend von 10—12 Uhr.

— **Reichsbund der Kriegsbeschädigten, ehemaligen Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen** (Ortsgruppe Halle). Der zum 1. November angekündigte öffentliche Vortrag des Vorstandsmitgliedes Oberlehrer Grobler über „Zweck, Ziele und Notwendigkeit der Volkshochschule" findet nunmehr bestimmt am Donnerstag, den 13. November, abends um ½8 Uhr im großen Saale des „Neumarkt-Schützenhauses" statt.

— **Vereinigung zur Erforschung der heimischen Pflanzenwelt in Halle.** In der letzten Sitzung (durch Oberlyzeallehrer Penn) hielt der forstschädliche Wirr, unter den aufgestellten Exemplaren befanden sich der Eichen-Wurzelschwamm (Armillaria mellea), der die Notfäule der Eichen erzeugt, der Birken-Porling (Polyporus betulinus), der die Notfäule der Birken erzeugt, der echte und der falsche Zunderpilz oder Feuerschwamm (Polyporus fomentarius und igniarius), ferner eine Reihe anderer an Baumstämmen vorkommender Polyporus-Arten — Wissen in der Verkehrsschwierigkeiten soll die Sitzung im November ausfallen, dafür aber im Dezember eine größere Versammlung abgehalten werden, zu der durch Karte eingeladen wird.

— **Zusammenschluß der gastwirtschaftlichen Angestellten.** Die beiden ältesten Organisationen der gastwirtschaftlichen Angestellten, Genfer Verband der Hotel- und Restaurant-Angestellten, gegründet 1877, Sitz Dresden, und Deutscher Kellner-Bund Union Germania, gegründet 1878, Sitz Leipzig, haben sich am 31. Oktober d. Js. in Eisenach unter den Namen: Bund der Hotel-, Restaurant- und Kaffee-Angestellten Deutschlands, vormals Genfer Verband und Deutscher Kellner-Bund U. G., auf freigewerkschaftlichem Boden siedend, verschmolzen. Als Sitz des neuen Bundes ist Hannover ausersehen. Die beiden bisherigen Fachzeitungen, Internationale Hotel-Industrie und Hotel-Revue stellen mit dem 1. Januar 1920 ihr Erscheinen ein und tritt an dessen Stelle ein einheitliches Organ mit dem Titel: „Internationale Hotel-Revue".

— **Hilfsbund für die Elsaß-Lothringer im Reich** (Ortsgruppe Halle a. d. Saale). Wegen der Transportschwierigkeiten bei der Eisenbahn ist es nicht möglich, die Wäschestücke usw. diese Woche zur Verteilung zu bringen. Voraussichtlich kann im Laufe der nächsten Woche damit begonnen werden; der Tag der Ausgabe wird an dieser Stelle noch näher bekanntgegeben.

— **Verband Hallischer Frauenvereine.** Der erste Vortrag von Professor Böhmer über „Weltanschauung und Politik" findet nicht Donnerstag nachmittag um 6½ Uhr, sondern Sonnabend, den 15. November, 5 Uhr im Auditorium maximum der Universität statt. Eintrittskarten außer an den bekannten Verkaufsstellen auch vor dem Vortrag an der Kasse zu haben.

— **Denunzianten gesucht.** Vom „Arbeiterrat" wird uns geschrieben: „In letzter Zeit sind eine ganze Reihe Meldungen an den Arbeiterrat gelangt, denen zufolge Angaben gemacht worden sind, daß Kartoffeln, Kohlen und andere Waren durch den Schleichhandel nach diesem oder jenem Gehöft transportiert worden sind. Ferner, daß auch Wagenladungen auf dem Güterbahnhof angekommen sind, die mit Schleichhandelsware beladen zur Verschiebung gestanden haben sollen. Der Arbeiterrat hat mit Hilfe der Polizei diesbezügliche Nachforschungen und Recherchen angestellt. In den meisten Fällen hat sich aber herausgestellt, daß die Angaben unvollkommen waren und infolgedessen ein polizeiliches Eingreifen nicht stattfinden konnte. In Anbetracht dieses Umstandes ersuchen wir nunmehr die Interessenten, bei ähnlichen Angaben dieselben genauer mitzuteilen. Es ist vor allen Dingen nötig, daß die vollständige Adresse, der Tag und möglichst die Stunde angegeben werden, wann und wo derartige Fälle sich zugetragen haben. Ferner dürfte es angebracht sein, die Räumlichkeiten, in denen die Schleichhandelsware lagert, evtl. mit anzugeben. Bei Vorkommnissen auf dem Güterbahnhof ist es unbedingt nötig, daß die Wagennummer des in Frage kommenden Güterwagens notiert und uns mitgeteilt wird" usw.

— **Der Vortrags-Abend von Irma Grami** erfreut sich, wie mitgeteilt wird, regen Interesses. Dichtungen ernsten und heiteren Inhaltes sowie Kindergedichte und Dialekt-Vorträge bringt das vortrefflich zusammengestellte Programm, welches bei E. Hofben einzusehen ist. Karten bei E. Hofben.

— **Abendvortrag von Johannes Hofhein.** Der junge Künstler, der sich inzwischen auch in Leipzig einen großen künstlerischen Erfolg geholt hat, gibt heute, am Donnerstag, noch einen zweiten Abend mit neuem Programm.

— **Zoologischer Garten.** Heute, am Donnerstag abend um 8 Uhr, findet das zweite Gesellschaftskonzert statt. Es wird ausgeführt von der Kapell- des 1. Landesjäger-Regiments unter Leitung des Obermusikmeisters Carl Steuer. Abonnenten für Zoo und Mittelfeld haben zu diesem Konzert freien Eintritt.

— **Entenbiebe.** Am 27. Oktober wurden von hiesigen Kriminalbeamten zwei Burschen festgenommen, die drei Enten bei sich führten. Sie gaben an, die Enten in Ammendorf gefangen zu haben. Dort ist aber bis jetzt kein Geschädigter ermittelt worden. Die Tiere dürften daher aus einem anderen Orte herrühren. Der Geschädigte wird ersucht, sich bei der Kriminalpolizei oder bei seinem zuständigen Wachtmeister zu melden.

— **Zeitbilder der „H. A." Folgende Bilder hängen in unserer Geschäftsstelle aus:** 60-Kilometer-Gepäckmarsch der Berliner Sportvereine. Der Sieger Hermann Müller (Komet-Berlin), welcher die Strecke in 5 Stunden 30 Min. 32 Sek. zurücklegte. Das große Reit- und Fahr-Tournier im Stadion bei Berlin. Ein verhängnisvoller Sturz im Hindernisfahren der ausschließlichen Konkurrentin Frau Schmitz-Hasenwinkel mit ihrem Traber Pongesprann. Besuch des Königs Alfons von Spanien in Verdun. Besichtigung des Forts Vaux. Marschall Petain erklärt dem König die Schlacht von Verdun.

S. Ammendorf, 12. Nov. (Zu dem Tode des Rittergutspächters Handt) wird uns noch berichtet: Auf dem der Stadt Halle gehörigen Rittergute Beesen wurden in der letzten Nacht Einbrecher durch den Pächter, Hauptmann der Landwehr Oskar Handt, einem Veteranen von 1870, verscheucht. Infolge der Aufregung mag der bejahrte Herr, der sich am 1. Juli 1920 in den Ruhestand zu begeben gedachte, einen Herzschlag erhalten haben; denn seine Angehörigen fanden ihn tot, wenn auch unverletzt, mit dem geladenen Gewehr in der Hand, vor der bereits erbrochenen Tür des Kohlenstalles.

Provinz Sachsen

Die finanzielle Konsolidierung der thüringischen Kirchengemeinden

△ Weimar, 12. November.

Es unterliegt kaum noch einem Zweifel, daß der kirchliche Zusammenschluß Gesamtthüringens weit eher erfolgen wird als der politische, denn die Vorarbeiten sind bereits sehr weit vorgeschritten und haben in der Wahl der Vorsynode, welche noch in diesem Monat in Jena zusammentreten wird, ihren Niederschlag gefunden. Die schwierigste Frage bei der bevorstehenden Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche dürfte wohl die finanzielle sein, aber durch eine, beide Teile befriedigende Lösung wird die Kirche von einer Fessel befreit, die manches für ihr Ansehen Nachteiliges mit sich brachte. Freilich wird die reinliche Scheidung auf diesem Gebiete zwischen Staat und Kirche und Gemeinden und Kirche außerordentlich schwierig werden und unter diesem Gesichtspunkte haben die Synoden der thüringischen Einzelstaaten bereits mit den diesbezüglichen Arbeiten begonnen. Bei diesen Vorarbeiten hat sich nun bereits gezeigt, daß eine gewisse Rechtsunsicherheit eine starke Verquickung der gegenseitigen Verpflichtungen von der hohen Staatsregierung bis in die kleinste Gemeinde herrschen und daß es durchaus nichts Seltenes ist, daß Organisten und andere Kirchendiener ihre Besoldungen aus drei bis vier verschiedenen Kassen, kirchlichen und weltlichen, zusammenholen müssen. Nach den Plänen der Nationalversammlung werden die bisherigen Zuschüsse des Staates durch Zahlung des dreißigfachen Betrages abgelöst und auch von den Gemeinden ähnliche Abfindungen erwogen, womit manches seit der Reformation gegen die Kirchgemeinden begangene Unrecht (durch Beschlagnahmungen und dergleichen) wieder gut gemacht wird. Nach Regelung der Finanzfragen zwischen Kirche und Staat in den Einzelstaaten Thüringens wird der finanzielle Zusammenschluß der im Staate Thüringen vereinigten ehemaligen Landeskirchen zu erfolgen haben, und hier macht sich nun mit unabweisbarer Notwendigkeit die Schaffung eines gemeinsamen, die gesamten Finanzverhältnisse der thüringischen Kirchen regelnden Finanzinstituts notwendig. Ob man diesem Institut den Namen einer Thüringer Kirchenbank beilegt oder einen ähnlichen, der nicht gerade den Charakter der „Bank" betont, wählt, ist gleichgültig, denn geschaffen werden muß eine derartige Einrichtung unbedingt, wenn die Kirchgemeinden, die durch das Emporschnellen aller Pachtgelder usw. dadurch ungeheure Verluste schon zu gewärtigen haben, daß die alten Pachtverträge noch die Pachtpreise von vor 25 und noch mehr Jahren vorsehen, nicht noch weiter schwer geschädigt werden sollen. Daß enorme Summen bei den Kirchkassen unverzinst liegen, Pachtgelder erst nach Jahren bezahlt werden und so große Verluste entstehen, bedarf keiner weiteren Ausführungen. Da die Kirche nun einmal selbständig sein soll und will, so muß sie vor allem auch auf finanziellem Gebiete ihre Maßnahmen treffen und sich um keine kirchenfeindliche Bemerkungen in Schrift und Rede kümmern. Der neue Weg wird den Männern, welche hier organisatorisch tätig sind, nicht leicht werden, die wirtschaftliche Frage wird ihnen die schwersten Sorgen bringen.

Der Anschluß Leipzigs an die Südlinie des Mittellandkanals

Die kürzlich in der Handelskammer Leipzig versammelten Vertreter des Rates der Stadt Leipzig, der Handelskammer Leipzig, des Zentralausschusses Leipziger Arbeitgeberverbände, des Leipziger Finanzausschusses, des Verkehrsvereins Leipzig, des Verbandes Reisender Kaufleute Deutschlands und der Leipziger Kaufmannsgesellschaft sprechen sich erneut einmütig für die alsbaldige Inangriffnahme des Elster—Saale-Kanals aus und erwarten, daß die sächsische Regierung so rasch wie möglich mit dem Bau des Kanals beginnt.

Mit Entschiedenheit werden alle anderen Kanalprojekte, durch die Leipzig einen Wasserstraßenanschluß erhalten soll, insbesondere auch der von Reher parallel zur Saale bis Leipzig projektierte Kanal, zurückgewiesen. Diese Kanalpläne und namentlich das Rehersche Projekt sind schon allein wegen der außerordentlich hohen Baukosten undurchführbar und dienen nur zur Verschleppung der Leipziger Kanalfrage. Auf Grund der eingehenden technischen und wirtschaftlichen Untersuchungen, die von der Handelskammer Leipzig seit vielen Jahren angestellt worden sind, kann als einziges brauchbares Kanalprojekt für Leipzig nur das Projekt des Elster—Saale-Kanals in Frage kommen, zumal Leipzig von der Natur der Weg im Tale der Elster und Luppe nach der Saale gewiesen ist.

Im Zusammenhang mit der Vollendung des Mittellandkanals, die im Interesse der sächsisch-thüringischen Länder nur in südlicher Linienführung erfolgen kann, muß unverzüglich auch der Verbindungskanal von Oschersleben nach Bernburg und die Kanalisierung der Saale durchgeführt werden, um Sachsen endlich die langersehnte Wasserverbindung nach Westdeutschland zu schaffen. Vor allem aber muß die sächsische Regierung jetzt unverzüglich die Vorarbeiten für den Bau des Elster—Saale-Kanals in Angriff nehmen und zu diesem Zwecke insbesondere sofort ein Baubüro in Leipzig einrichten.

× **Reuden, 11. Nov.** (Schulwesen.) Die hiesige Oberlehrerstelle, deren früherer Inhaber im Weltkriege gefallen war, konnte nach längeren Jahren der Nothsetzung wieder fest gegeben werden an den Gemeindelehrer Stephan.

× **Gräfenhainichen, 12. Nov.** (Verhaftetes Wiederbiebe.) Festgenommen wurde der Arbeiter Berger von hier, welcher eingestand, im Dorfe Radis in der ersten Novembernacht einen Ziegenbock und in der Nacht zum 6. d. M. eine Ziege nebst drei Kaninchen aus Ställen von Arbeitergehöften weggeholt zu haben.

— **Frankenhausen, 12. November.** (Brandstiftung.) Die Otto Schinkotte in Günsleroda gehörige Feldscheune ist vollkommen niedergebrannt. Die ganze Getreideernte des Besitzers, sowie 2 Wagen, Dreschmaschine, Reiniger usw. sind dem Feuer zum Opfer gefallen. Man vermutet Brandstiftung.

— **Staßfurt, 12. November.** (Eine schwere Typhusepidemie) ist hier ausgebrochen. Nach Mitteilung des Bürgermeisteramtes liegen bisher 335 Fälle vor, von denen 25 tödlich verliefen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911131-12/fragment/page=0003

„H.Z." Sportberichte

Deutscher Sport — allezeit voran!

Eine schwedische Pressestimme über den aufblühenden Sport in Deutschland.

Die schwedische Sportzeitschrift „Nordisk Idrottsliv" bringt am 3. November einen längeren Bericht über den Stand des deutschen Sports, den wir hier wiedergeben:

Der Sport hat in Deutschland während des ersten Friedenssommers gute Fortschritte getan und eine Masse neuer Namen haben sich bei den Wettkämpfen geltend gemacht. Von den alten Kämpen sind eigentlich nur Rau über 100 und 200 Meter sowie Ernst auf den mittleren Strecken hervorgetreten, obwohl es ihnen nicht glückte, die Zeiten zu erzielen, die sie vor dem Kriege erreicht hatten. Alle, die man früher als Sieger gesehen hat, sind fort, viele gefallen; andere fühlen sich nach fünfjähriger Abwesenheit von Sportplatz zu Platz, um wieder mit Ernst zu üben und in den Wettkampf zu gehen. Aber würdige Nachfolger sind erstanden. Daß sie nicht die Resultate der alten sichergewohnten „Kanonen" (Siegespferde) erreichen, ist ja nicht weiter verwunderlich. Besserung wird hier wohl erst eintreten nach Beschaffung reichlicherer Lebensmittel. Denn wo Fleisch, Butter, Milch und eine Masse anderer für den Körper notwendiger Sachen fehlen, darf man ja nicht zu viel begehren. Vom Mai bis Mitte September wurden Wettkämpfe an jedem Sonntage abgehalten, und viele Sportsleute haben sich beteiligt, ohne sich auch nur eine Woche Ruhe zu gönnen. Und ohne eigentliche Pause gehen die Bahnwettkämpfe in Waldläufe über, die den ganzen Winter stattfinden. Mehr als Schweden benennt Deutschland an die Junioren. Auf diese setzen die Deutschen ihre ganze Hoffnung, und diese Hoffnung dürfte sicher auch in Erfüllung gehen. Denn die Juniorbewegung wird mit einer anerkennenswerten Umsicht gehandhabt. Bei allen Wettkämpfen sind Juniorkonkurrenzen vorgesehen und besonders Staffelläufe für Junioren erfreuen sich allgemeiner Beliebtheit. Die von den Junioren erreichten Resultate können natürlich aus den oben angeführten Gründen mit den schwedischen nicht verglichen werden, aber abwarten . . .

Der Damensport ist gleichfalls recht beliebt. Nach dem allgemeinen Stimmrecht kommt ja der Frau die Gleichstellung mit dem Mann zu, und diese will sie auch auf dem Sportplatz haben. An den Trainingstagen üben Herren und Damen zusammen und die Damen erhalten da manch guten Rat. —

Leichtathletik ist nicht der einzige Sport, der bei ihnen wird. Fußball und Hockey spielen eine bedeutend größere Rolle, was sowohl Teilnehmer wie Zuschauer betrifft. Und hier ist das gleiche Verhältnis wie in Schweden; beim Fußballsport sammeln sich tausende von Zuschauern, und als Beispiel für die Beliebtheit dieses Sportes mag angeführt sein, daß dem Städtespiel Berlin—München über 14 000 Zuschauer beiwohnten.

Die Deutschen lassen sich also weder durch Hunger noch durch andere Schwierigkeiten von der Ausübung des Sports abhalten, und die Zeit dürfte nicht mehr weit sein, wo wir wieder von hochinternationalen Ergebnissen des besiegten Volkes hören werden."

— **Hockey.** Am kommenden Sonntag werden die beiden Hockeymannschaften vom V. f. L. und die des A. S. V., kombiniert mit dem Tennisklub, sich auf der Peiznitz im Wettkampf gegenüberstehen. Früh 10 Uhr spielen die zweiten Mannschaften erstmalig und am Nachmittag 2.30 Uhr findet das Rückspiel der ersten ersten Mannschaften statt. Dem A. S. V. war es kürzlich gelungen, mit 3:1 gegen die allerdings nur mit 10 und nach Halbzeit nur mit 9 Mann spielenden Ger zu gewinnen. Bei dem beiderseits guten Spielermaterial kann man wieder mit einem flotten Spiele rechnen. Die Damenmannschaften werden sich am übernächsten Sonntag treffen. Beide Vereine werden bei Eröffnung der Eisbahn ebenfalls mit dem Training des Eishockeys beginnen.

ri. **Der Fußball-Städtewettkampf Halle-Magdeburg,** welcher am Bußtage, 19. November, in Halle zum Austrag kommen sollte, wurde von Magdeburg wegen der Terminnot abgesagt. Auch das Städtespiel Braunschweig-Magdeburg, das am 23. November in Braunschweig vor sich gehen sollte, fällt aus gleichem Grunde aus.

— **Arbeitersportbund und Reichsausschuß für Leibesübungen.** In Halle sprach der Bundesvorsitzende des Arbeiter-Turnerbundes Leipzig, Keller, in einer öffentlichen Versammlung des Arbeitersportkartells über den Zusammenschluß der Sportvereine. Bekanntlich haben sich die bürgerlichen Sportverbände bereits durch die Organisationen des Reichsausschusses für Leibesübungen zusammengeschlossen. Die Arbeiterturnvereine sollen sich nun zu einem Allgemeinen Arbeitersportbunde vereinen. Einem Zusammengehen der beiden großen Sportverbände stellte Keller lebhaft gegenüber. Es gäbe auch im Sport keine politische Neutralität. Wenn wir hierin zwar auch anderer Meinung sind und glauben, daß es wohl möglich sein könnte, beiderseits den guten Willen vorausgesetzt, daß Bürger und Arbeiter im Sport miteinander wetteifern, so scheinen die Arbeiter darüber anderer Ansicht zu sein. Es ist bedauerlich, daß auch in solchen Angelegenheiten die Arbeiterschaft alles durch die Parteibrille ansehen.

h. **Aufschub der internationalen Fußballkonferenz in Holland.** Die internationale Fußballkonferenz, die auf Einladung des holländischen Fußballverbandes am 8. November in Amsterdam abgehalten werden sollte, ist auf den 29. November verschoben worden. Dieser Termin ist aber den Schweden nicht genehm, die in dieser Zeit die Jahresversammlung des Fußballbundes abhalten, so daß der Zeitpunkt für die Abhaltung der Konferenz noch weiter hinausgeschoben werden dürfte.

h. **Die Weltmeisterschaft im Einer für Berufsruderer** hat neulich ihren Inhaber gewechselt. Der Australier Alfred Felton siegte nämlich am 27. Oktober bei einem Wettkampf auf der Themse den bisherigen Weltmeister Ernst Barry. Dem Wettkampf wohnte eine riesige Zuschauermenge bei. Barry war Weltmeister seit 1912, wo er R. Arnst schlug und den Titel dann 1913 und 1914 erfolgreich gegen H. Pearce und J. Paddon verteidigte. — Ein neues Zusammentreffen von Felton und Barry wird in Australien geplant.

h. **Skandinavischer Sportkongreß in Stockholm.** Die Sportorganisation in den neutralen Ländern haben zurzeit eine sehr schwierige Stellung in ihrem Verkehr zur Entente und zu den Zentralmächten. In England und Frankreich will man, wie bekannt, die Zentralmächte ganz und gar blockieren und man wünscht dort, daß sich auch die Neutralen an dieser Blockade beteiligen. — Um die Stellung der nordischen Länder zu klären, trat bereits im Mai 1918 auf schwedische Veranlassung eine skandinavische Konferenz in Kopenhagen zusammen, doch konnte diese zu keinem endgültigen Beschluß kommen, da einzelne Vertreter nicht mit den notwendigen Vollmachten versehen waren. — Von norwegischer Seite ist nun der Wunsch geäußert worden, Schweden sollte zu einer neuen Konferenz in Stockholm einladen, wozu auch Finnland geladen werden soll. Der Verwaltungsausschuß des schwedischen Reichssportverbandes hat den Vorschlag angenommen. Als Termin wurde vorerst der 10. Januar in Aussicht genommen, doch will man versuchen, die Versammlung bereits in diesem Monat abzuhalten, damit der Beschluß bei den in nächster Zeit stattfindenden Jahresversammlungen der verschiedenen Sportverbände in Dänemark, Norwegen und Schweden vorgelegt werden kann.

— **Das Gestüt Weil,** das bisher gezwungen war, seine Rennpferde über Winter nach Hause zu nehmen, hat nun in Hoppegarten ein Grundstück erworben, auf dem Stallungen errichtet werden sollen, in denen die Pferde auch überwintern können. Neu in das Gestüt eingereiht wurden als Mutterstuten Fleißige Arbeit, Liebesmahl, Oblate und Reisegefährtin, die in diesem Jahre auf der Rennbahn eine nützliche Form verrieten. In den Rennstall kamen kürzlich noch weniger als fünfzehn Jährlinge. Der Aspera, die sich früher in dem Besitz des Kronprinzen befand und zuletzt in den Farben des Rittmeisters Freiherr von Zobeltitz lief, wurde von letzterem an das Gestüt Moddlinghoven verkauft, das die nahe Verwandte von Pergolese in die dortige Mutterstutenherde einreiht.

Volkswirtschaft

Abdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Das Ausland zur Leipziger Messe

Nach dem Bericht der Leipziger Mustermesse.

Der Vertreter des Messamtes in Zürich teilt über die Herbstmesse 1919 mit, daß weit über 600 Schweizer Kaufleute, darunter auch solche aus der Westschweiz, von der Messe voll befriedigt waren. Fast sämtliche Warenhäuser der Schweiz waren vertreten. Das Geschäft litt unter dem tiefen Stande der Valuta. Aehnlich äußerte sich der schwedische Vertreter. Die Preise seien in Anbetracht der tiefen Valuta verhältnismäßig niedrig für die Schweden. Der geforderte Exportzuschlag fand überall Billigung. Es sei zwar die Qualität nicht so gut wie früher, doch hoffe man schon im nächsten Jahre wieder Exportqualität zu erhalten. Ein Uebelstand sei, daß mehr angeboten werde, als geliefert werden könne. Im gleichen Sinne berichtet Dänemark und gibt der Meinung Ausdruck, daß keine ausländische Messe der Leipziger Messe Abbruch tun würde vor allem, wenn die tausende Aufträge auch prompt erfüllt werden. Lediglich der polnische Vertreter hatte keinen günstigen Eindruck von der Messe. Ihm sind die Preise zu hoch, was ja nicht zu verwundern ist, da ja auch Polen eine schlechte Valuta hat. Weiter beklagt er sich darüber, daß auch den Polen ein Exportaufschlag berechnet wird.

Aktiengesellschaften

Zementkalkwerke Messerschmidt, G. m. b. H., in Förderstedt. Zur Herstellung und zum Vertrieb von Kalksteinen, Zement- und Stückenkalk wurde in Förderstedt eine neue G. m. b. H. gegründet, die u. a. das Kalkwerk Messerschmidt daselbst übernimmt.

Chr. Prinzler u. Söhne, Akt.-Ges., Halle a. S. Die Gesellschaft verteilte für ihr erstes Geschäftsjahr 1918/19 aus dem Reingewinn von 22 673 Mk. eine Dividende von 6 Prozent.

Sächsisch-Thüringische Wollversteigerung. Die 55. Wollschlußversteigerung des Sächsisch-thüringischen Industriebezirks soll nach neuester Feststellung nunmehr am 20. und 21. November in Gera abgehalten werden.

Industrie, Handel Handwerk,

Aus der thüringischen Glasindustrie. Angesichts der andauernden Verteuerungen der Rohmaterialien für die Glasindustrie plant die Vereinigung der Christbaumschmuck- und Puppenfabriken für Lauscha und Umgegend, E. G. m. b. H., sich Anlagen zu schaffen, in denen sie Röhren, Oefen usw., ferner Kartons selbst herstellen will.

Schweizerische Einfuhrverbote für deutsche Waren? Die Schweiz plant nach der „Frankf. Ztg." Einfuhrverbote für bestimmte Möbelartikel, Papierwaren und gewisse Maschinenfabrikate, jedenfalls ist die Sachverständigenkommission im Bundesrat solchen Verboten für eine bestimmte Zeit und für ganz besondere Waren geneigt. Ob sich der Bundesrat dagegen mit dem Vorschlag einverstanden erklären wird, steht noch nicht fest. Die Klage gewisser Industriezweige in der Schweiz über die Einfuhr allzu billiger Möbel hat jedenfalls bisher noch nicht nachgelassen.

Fischeinfuhr. In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen aus dem Auslande Fische nach Deutschland eingeführt werden, ohne daß die notwendige Erlaubnis dazu erteilt wurde. Solche Sendungen verfallen der Beschlagnahme. Da die Fischeinfuhr zentralisiert ist, ist für die Einfuhr aus dem Auslande einzig und allein die Reichsfischversorgung zuständig, deren Geschäftsräume sich in Berlin, Behrenstraße 64—65 befinden. Es muß allen Interessenten angeraten werden, erst auf Grund der Erlaubnis dieser Stelle Einfuhren nach Deutschland vorzunehmen, da andernfalls deren Beschlagnahme erfolgen muß. Nur beglaubigte Fischzufuhr aus Holland besitzen bekanntlich besondere Bestimmungen.

* **Elbeschiffahrt.** Am 11. November traf Kahn Nr. 188 in Aken ein.

Geldmarkt und Banken

Vereinsbank Salzungen, E. G. m. b. H., in Salzungen. Der in Salzungen bestehende Spar- und Vorschußverein beschloß, sich unter dem Namen Vereinsbank Salzungen, E. G. m. b. H., in eine E. G. m. b. H. umzuwandeln.

Valuta-Kuriosa. Von der Schweizer Grenze wird geschrieben: „Der traurige Stand der Mark führt hier an der Schweizer Grenze zu allerlei merkwürdigen Auswüchsen. In Konstanz wird in einem Restaurant an diejenigen, die fünf Schweizer Franken bezahlen, ein warmes Fleischgericht mit Wein dargeboten, außerdem erhalten sie 10 Mark und 20 österreichische Kronen. Die Schweizer benutzen gern die Gelegenheit, um hier für einen Franken — jetzt kostet er sie freilich schon wieder etwas mehr, gut zu Mittag zu essen. — Ferner: Schweizer Firmen geben ihre Briefe für die Schweiz in Deutschland auf. In der Schweiz kostet der Brief im inneren Verkehr 15 Centimes, in Deutschland aber 30 Pfennige, d. h. etwas über 5 Centimes! Ein besseres Valutageschäft können die Schweizer gar nicht machen."

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Im Zusammenhang mit der an der Frankfurter Abendbörse eingetretenen leichten Abschwächung war am Anfang hier die Haltung nicht mehr so einheitlich fest wie bisher. An den in der letzten Zeit hochgetriebenen Kursen machen sich in Schiffahrts- und einigen Spezialpapieren bei Nachlässen bis vereinzelt 5 Prozent Realisationsbeschränkungen geltend. Sie vermochten aber die an sich feste Grundstimmung nicht zu erschüttern, und so setzte sich denn besonders am Montanmarkte die Aufwärtsbewegung unter Bevorzugung von Rheinstahl, Phönix, Gelsenkirchen und Bismarckhütte bei Besserungen von 2 bis 6 Prozent fort. Auch Farb-, Elektro- und Bankaktien lagen bei vereinzelten Kurserhöhungen bis zu 5 Prozent überwiegend fest, und anfänglich Einbußen in einigen Werten konnten auch in Spezialpapieren wieder eingebracht werden. Sprunghaft um ungefähr 40 Prozent wurden Deutsch-Ueberjee-Elektrische in die Höhe getrieben, ohne indes den Aufschlag voll behaupten zu können. Etwas schwächer waren amerikanische Bahnaktien. Dagegen lagen Petroleum- und Kolonialwerte bei stillem Geschäft überwiegend fest. Am Rentenmarkt war die Haltung behauptet. Alte preußische Anleihen waren jedoch etwas schwächer. Kriegsanleihe 79¾. Oesterreichische und ungarische Renten waren behauptet aber still.

Produktenbericht. Der Schneefall und die Verkehrseinstellung erschweren nach wie vor den Verkehr am Produktenmarkt. Am Hafermarkt werden täglich höhere Preisforderungen gestellt, die besonders vom Hamburger Handel bewilligt werden. Wegen dieser Preissteigerungen ruht hier das Geschäft in Hafer nahezu ganz. In Erbsen hält die starke Nachfrage bei nur knapp vorhandenem Material an. Für Pelusschen, Pferdebohnen, Heu und Stroh bleibt die Nachfrage bei festen Preisen lebhaft.

Auslandsnotierungen:

Chicago, 10. November Weizen: November —.—, Dez. 1.93⅝, Mai 1.95⅞. Schmalz: November —.—, Januar 24.67, Mai: 25.00. —.—. Januar 24.55. Rippen: November 18.45, Januar 18.55. Hafer: December 71⅞, Januar —.—. Mais: loto 16.75. Mehl: 9.25—10.25. Schmalz: 27.50. Kaffee: 18⅞.

Hafernotierungen:

Berlin, 12. Novbr. Russischer Hafer für 1000 kg in Rbl. Loko ab Speicher frei Wagen 1720—1740, loto ab Speicher 1750. Tendenz fest.

Auszahlungen. Berlin, 12. November.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Holland	1369.—	1371.—	Oesterreich abgst.	31.05	31.[illegible]
Dänemark	774.25	775.75	Prag	73.05	73.[illegible]
Schweden	849.25	850.75	Ungarn	19.70	20.[illegible]
Norwegen	819.25	820.75	Spanien	701.50	703.[illegible]
Schweiz	662.—	663.—	Finnland	137.75	138.[illegible]
Oesterreich	35.45	35.55			

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt

Deutsche Werte			Deutsch-Luxemburg	
4½% Deutsche Schatzscheine VI—IX	77.—		Deutsche Uebersee-Bk.	167.[illegible]
5% Deutsche Reichsanl.	79.30		Deutsche Erdöl	[illegible]
4% " "	69.70		Deutsche Gasglühl.	[illegible]
3½ " "	64.75		Deutsche Kali	[illegible]
3 " "	64.50		Deutsche Waff. u. Mun.	[illegible]
4 Preuss. Konsols	67.70		Donnersmarkhütte	[illegible]
3½ " "	67.90		Dürrer u. Lehrmann	[illegible]
3 " "	55.00		Dürkoppwerke	[illegible]
4 Charl. Stadtanl. 90/99	—.—		Elberfelder Farben	[illegible]
4 Magdeb Stadtanl. 91/06	—.—		Felten u. Guilleaume	[illegible]
4 Sächs. Neulandsch.-Pfandbriefe	102.—		Gasmotoren Deutz	[illegible]
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	99.60		Gebhardt u. Co.	[illegible]
4 Preuss. Hypot. Bank-Pfandbriefe 1911	96.75		Gebhardt u. König	[illegible]
4½ Dessauer Gas-Oblig.	—.—		Gelsenkirch. Bergb.	[illegible]
4 " "	—.—		Glanziger Zuckerfbr.	[illegible]
			Hallesche Masch.-Fabr.	[illegible]
Ausländ. Werte			Hanz. Masch.	[illegible]
4 Oesterr. Kron.-Rente	31.60		Harpener Berg	[illegible]
4 Ungar. Gold-Rente	18.40		Hasper Eisen	[illegible]
4 Ungar. Kronen Rente	38.50		Hirsch Kupfer	[illegible]
Eisenbahn-Aktien:			Höchster Farbw.	[illegible]
Halberstadt-Blankenb.	85.—		Hoesch Eisen u. Stahl	[illegible]
Halle-Hettstedter	67.75		Hohenlohe-Werke	[illegible]
Schantungbahn	262.75		Humboldt-Masch.	[illegible]
Allg. Lokal-Str	148.75		Ilse-Bergbau	[illegible]
Gr. Berl. Str	116.—		Kahla-Porzellan	[illegible]
Magdeburger Str.-B.	470.—		Kaliw. Aschersleben	[illegible]
Lux. Prinz Heinrich.-B.	262.75		Körbisd. Zucker-Akt.	[illegible]
Orienthahn			Kyffhäuserhütte	[illegible]
Schiffahrts-Akt.:			Lahmeyer u. Co.	[illegible]
Hambg. Paketfahrt	128.—		Landw. Bank d. Pr. St.	[illegible]
Hambg.-Südamerika	128.—		Lauchhammer	[illegible]
Hansa-Dampfschiff	306.—		Lauchhütte	[illegible]
Nordd. Lloyd	129.25		Linke u. Hofmann	[illegible]
Banken:			Ludwig Loewe u. Co.	[illegible]
Bank für Thür.	150.—		Lothringer Hütte	[illegible]
Berl. Handelsges.	162.50		Mannesmannröhren	[illegible]
Comm u. Diskontobank	137.25		Maschinenfabr. Buckau	[illegible]
Darmstädter Bank	117.—		Oberschl. Eisenb. Bed.	[illegible]
Deus. Landesbank	113.—		do. Cero Berg.	[illegible]
Deutsche Bank	247.50		do. Kokswerke	[illegible]
Diskonto-Comm.	179.75		Orenstein u. Koppel	[illegible]
Dresdner Bank	131.—		Phönix-Bergb.	[illegible]
Credit-Anst. Leipzig	138.—		Rhein. Metall-Verz.	[illegible]
Mitteld. Kreditbank	131.—		Rhein Stahlwerken	[illegible]
Privat-Bank	—.—		Riebeck Montan.	[illegible]
Nationalbank	124.75		Rombacher Hütten	[illegible]
Oesterr. Kredit	110.—		Rositzer Braunk.	[illegible]
Reichsbank	133.—		Rositzer Zucker	[illegible]
Industrie-Aktien:			Sangerhäuser Masch.	[illegible]
Schultheiss-Brauerei	264.75		Hugo Schneider u. Co.	[illegible]
Akt. f. Anilin	318.—		Schuckert u. Co.	[illegible]
Allgem. Elektr.-Ges.	92.75		Siemens u. Halske	[illegible]
Annendorfer Papier.	540.—		Stettiner Chamotte	[illegible]
Anhalter Kohlenw.	225.—		Stettiner Vulkan	[illegible]
Annaberger Steingut	214.—		Stollberger Zinkh.	[illegible]
Badische Anilin	477.—		Strals. Spielkarten	[illegible]
Bergmann-Elekt.-Akt.	185.—		Thale-Eisenhütte	[illegible]
Berl. Masch.-Bau	288.—		Tritzis-Akt.-Ges.	[illegible]
Bismarckhütte	278.—		Türkische Tabakregie	[illegible]
Bochumer Gußstahl	237.—		Ver Köln-Rottweiler	[illegible]
Chem Fabrik Buckau	143.—		Glanzstoff Elberf.	[illegible]
Chem. Griesheim	274.—		Wanderer u. Hübner	[illegible]
Chem. v. Heyden	270.—		Wersch.-Weissenf. Brk.	[illegible]
Consolidation Schalke	243.—		Westeregeln-Alkali	[illegible]
Cröllwitzer Papierfabr.	212.25		Wittener Gußstahl	[illegible]
Daimler-Motoren	272.—		Wrede-Mälzerei	[illegible]
			Zeitzer Masch.	[illegible]
			Zellstoff Waldhof	[illegible]
			Otavi-Minen	[illegible]

Tendenz: fest.

Gewinn-Auszug

der

14 Preuss.-Südd. (240. Preuss.) Klassen-Lotterie

5. Klasse — 5. Ziehungstag — 11. November 1919

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen:

2 Gewinne zu 10000 M 102853

14 Gewinne zu 5000 M 21596 79827 165561 187077 215145 238[illegible] 333745

68 Gewinne zu 3000 M 6213 15402 16190 36598 43081 44[illegible] 46932 50237 58716 60983 69987 91604 132466 133584 146037 147[illegible] 158615 164559 165160 178921 187712 190904 191533 210038 218[illegible] 224634 227873 232947

132 Gewinne zu 1000 M 712 5602 9138 9763 17094 18903 20[illegible] 28076 35354 40346 45135 45665 49809 50501 51410 51473 53465 54[illegible] 62606 62796 67788 73684 75246 76060 78121 81820 85415 86[illegible] 89505 95547 106339 117290 119456 122874 123764 131585 143268 146[illegible] 146858 149510 157539 158810 161294 163138 164371 170045 171[illegible] 175830 181769 183669 198205 198812 200339 204464 215415 2[illegible] 223910 227882 229174 229291 231288 [illegible]

212 Gewinne zu 500 M 494 510 3625 3783 4060 6230 8704 1[illegible] 15931 19454 20277 23972 25879 27752 31289 32531 32776 33[illegible] 39145 39800 40707 40941 46124 47261 52056 52454 52978 55331 57[illegible] 59105 64051 66857 71892 74411 77307 79716 80875 81764 83599 87[illegible] 101609 101918 104648 107573 108428 108559 111491 111878 112977 [illegible] 113080 113756 117316 118808 121654 123749 130218 131035 131[illegible] 131863 135187 136525 136751 139210 139303 141183 144224 149[illegible] 149569 147115 147461 147782 152265 152621 161892 161855 162[illegible] 168178 175557 176437 176894 179534 179604 181458 184541 189[illegible] 188868 187025 188518 191904 200449 202261 204822 205853 207[illegible] 208446 211008 211958 211804 213120 217401 219536 220280 224[illegible] 226752 233322 233336

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen:

2 Gewinne zu 15000 M 429

3 Gewinne zu 10000 M 215239

4 Gewinne zu 5000 M 28295 160321

54 Gewinne zu 3000 M 2566 12.49 19068 25973 41067 [illegible] 55572 58339 64777 65151 68866 90940 94248 94259 112456 12[illegible] 129283 134190 135303 144783 150365 151515 [illegible] 155258 158356 162078 167172 171448 173380 180268 184792 190[illegible] 193999 197230 197685 2[illegible]071 215965 218885 220143 [illegible]

23372 33392 33608 33941 41461 44275 51379 7382 10753 11324 12131 12[illegible] 65147 65764 66445 69491 71385 75236 77967 78900 78781 79945 [illegible] 88996 90035 96942 97428 98100 102284 102955 110883 113217 11[illegible] 117094 121291 121330 122031 122442 123798 126477 129231 1[illegible] 149178 154148 155235 158068 161994 163237 165623 168809 [illegible] 172589 175130 178814 188376 193366 195048 198171 199911 20[illegible] 207785 211581 217319 217383 223928 227397 230163 231018 [illegible]

202 Gewinne zu 500 M 3639 [illegible] 17778 18393 20794 21[illegible] 24051 26802 27815 31127 35402 39053 40859 42692 44403 45749 47[illegible] 48116 52692 58592 61557 62161 63604 64531 65209 68734 70241 [illegible] 74084 77590 81982 82855 83879 91004 92373 92544 96645 98395 10[illegible] 101948 104007 111361 117268 119290 123207 123600 130401 137[illegible] 131112 132552 135419 139985 143151 148350 149287 149914 15[illegible] 154931 158723 158270 161881 162019 162519 164578 168248 [illegible] 172774 175465 176703 177583 179052 182771 186393 188541 [illegible] 190025 192538 195319 195452 199988 200321 202190 202918 20[illegible] 207185 207180 211105 215676 216032 218151 220373 221203 22[illegible] 223703 225348 226388 228227 228881 230287 231369

Verantwortlich für Politik: Heinz Wälther, für politische Nachrichten, Volkswirtschaft und Sport: Hans Helling für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: Adolf Meyer.
Anzeigenteil: Karl Serbes, sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191911131-12/fragment/page=0004